

Frau Dedenbach erläuterte in diesem Zusammenhang den Beschaffungszyklus der vierzehn Sankt Augustiner Schulen. Bei den Bedarfen der einzelnen Schulen würde unterschiedlichste Wünsche angegeben, dabei würde priorisiert werden. Die Schulen würden hier mit der Verwaltung eng zusammenarbeiten. Lieferung und Leistung würden im gleichen Haushaltsjahr erfolgen, bis zum Ende des Jahres müsse alles beschafft werden, nachdem im Frühjahr Bedarfsabfragen erfolgen würden. Dieses Jahr würde wieder so verfahren werden. Es sei demnach unglücklicherweise nicht immer möglich, alle Wünsche der Schulen zu erfüllen. Daher würde hier darauf aufmerksam gemacht, dass es den Schulen nicht gedient würde, wenn die Beschaffungen auf eine Haushalts-Aufstellung fokussiert würden.

Herr Metz sagte, dass es für den Rat erkennbar sein müsse, ob es Mehrbedarfe bei den Schulen gäbe. Man wolle eine gewisse Transparenz haben, um sachgemäß beschließen zu können. Daher würde es als wichtig angesehen, eine Bedarfsabfrage durchzuführen. Vielleicht könne dies auch mal fachpolitisch im Schulausschuss beraten.

Frau Dedenbach erläuterte, dass es verschiedene Säulen gäbe, die den Schulen zur freien Verfügung stünden, u. a. für Lern- und Unterrichtsmaterial. Man versuche dies transparent, auch gegenüber den Schulen darzustellen. Für andere Maßnahmen würden wiederum investive Mittel verwendet würde. Dies würde man gerne im Schulausschuss darstellen.

Herr Rupp sagte, dass der Beschluss so gefasst werden solle, dass er nicht gegen Haushaltsrecht verstoße. Zunächst stelle der Kämmerer einen Haushaltsplan auf, die Politik habe später im Rahmen ihres Budget-Rechts Spielraum um Änderungen vorzunehmen. Vielleicht wäre es ein Kompromiss, wenn man dies im nächsten Schulausschuss darstellen könne.

Herr Dr. Klöckener bemerkte, dass das Budget-Recht nur dann ausgeübt werden könne, wenn klar sei, was genau eingestellt sei.

Herr Knülle schlug vor, dass in der Schulausschuss-Sitzung nach der Sommerpause seitens der Fachverwaltung mitgeteilt würde, was genau eine Schule insgesamt beantragt worden sei und zudem dargestellt würde, welche Wünsche zunächst nicht erfüllt werden konnten. Der Fachausschuss könne sich dann mit diesen Anliegen nochmal beschäftigen. Der Wortlaut des Beschlusses würde entsprechend angepasst.

Frau Dedenbach stellte fest, dass in 2023 nun die Beschaffungen wie üblich fortgesetzt würden.